

Digitale Souveränität: Alle Akteure sind gefordert

Was heisst digital souverän? Wie autark soll die öffentliche Verwaltung agieren? Und welche Rolle spielen dabei Standards? Diese Fragen sind an der eCH-Abendveranstaltung 2023 aus Sicht der Wissenschaft, der Wirtschaft und des Bundes diskutiert worden.

Digitale Souveränität ist auf der politischen Agenda angekommen. Der Angriff auf die Ukraine hat dem Thema zusätzliche Brisanz verschafft. Daran erinnerte Peppino Giarritta, Präsident des Vereins eCH, anlässlich der eCH-Abendveranstaltung 2023 in Bern. „Fragen des selbstbestimmten Handelns in der digitalen Welt sind wichtiger geworden.“ Alle Akteure seien gefordert: Sie müssten sich fragen, wie sie dieses mitgestalten wollten. Giarritta strich die Bedeutung einer gemeinsamen Basis heraus: „Digitale Souveränität ist nicht ohne konsequente Standardisierung möglich“.

Dass Unternehmen ihre Kundschaft an sich binden wollten, sei kein neues Phänomen, stellte Matthias Stürmer von der Berner Fachhochschule (BFH) fest. Seit den 90er Jahren sei diese Praxis (Vendor Lock-in) zu beobachten. Stark zugenommen habe in jüngster Zeit allerdings der Wettbewerb um Daten. Grosse Tech-Firmen gingen dabei ähnlich vor, wie einst die Kolonialmächte in Afrika. Sie nutzten Ressourcen günstig und verkauften diese weiter. So gelangten sie zu Reichtum und Macht. Sie vertuschten reale Probleme und verteidigten ihren Datenkolonialismus damit, lediglich Kommunikation zu ermöglichen. „Dabei schränkten sie die Wahlfreiheit der Nutzenden ein“, kritisierte Stürmer. „Abhängigkeit wird zum Korsett.“



An der eCH-Abendveranstaltung 2023 in Bern stand das Thema Digitale Souveränität im Fokus.

Mehr Transparenz bei eigenen Lösungen

Bei IT-Projekten gehe es darum, Bequemlichkeit und Unabhängigkeit gegen einander abzuwägen, fuhr der Leiter des BFH-Instituts Public Sector fort. Eine Public Cloud von einem Hyperscaler sei beispielsweise rasch einsetzbar, einfach skalierbar und kurzfristig vergleichsweise kostengünstig. Auf lange Sicht könne es sich für Behörden jedoch lohnen, in die interne IT zu investieren und eine eigene Lösung zu entwickeln. So hätten sie einen grösseren Handlungsspielraum und profitierten letztlich von einem besseren Datenschutz sowie mehr Transparenz.

Matthias Stürmer machte sich für Standards stark. Sie sollten bei IT-Ausschreibungen konsequent eingefordert werden, meinte er. Standards seien hilfreich, um unterschiedliche Dienstleistungen zu vergleichen, und ermöglichten Interoperabilität. „Wir können noch so viele Strategien schreiben, wenn die Server nicht laufen, nützen diese nicht.“ Von einem Standard für digitale Souveränität erhofft sich der Professor ein gemeinsames, klares Verständnis des Begriffs. Die Wahlfreiheit bei den Anbietern soll gestärkt werden. Es sollen mehr Wechsellmöglichkeiten geschaffen und das technologische Wissen verbreitet werden. „Dies würde zu mehr Resilienz führen.“

Der Bund verfolgt einen hybriden Ansatz

„Wir müssen nicht autark sein“, betonte Erica Dubach, Leiterin TI (Transformation und Interoperabilität) und stellvertretende Leiterin DTI (Digitale Transformation und IKT-Lenkung) in der Bundeskanzlei. „Wir müssen Austauschbarkeit erreichen.“ Open Source und Standards würden dazu beitragen. Der Bund verfüge intern über viel Fachwissen, sei jedoch ebenso auf gute Partner angewiesen. Oft sei ein hybrides Vorgehen sinnvoll. Dubach erwähnte die Cloud-Strategie der Bundesverwaltung. Sie setzt auf eigene Rechenzentren und bündel-eigene Private Clouds. Sie lässt – nach einer eingehenden Risikoabwägung – aber auch Dienste von fünf externen Anbietern zu. Grundsätzlich gehe es darum, nutzerfreundliche Lösungen zu schaffen und sich Exit-Strategien zu bewahren, sagte Erica Dubach. Ziel sei Flexibilität in der Zukunft: „Wir müssen die technischen Grundlagen schaffen, damit wir Souveränität anbieten können“.

Gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüchen genügen

Hyperscaler hätten Vorteile, sagte Marc Holitscher, National Technology Officer bei Microsoft. Einer davon betreffe die Sicherheit. „Wenn man eine weltumspannende Architektur betreibt, erkennt man Bedrohungsszenarien, die man sonst nicht sieht.“ Dieser Aspekt habe an Bedeutung gewonnen. Mit dem Krieg in Europa sei gerade ein Szenario Realität geworden, das lange Zeit undenkbar gewesen sei. Bei IT-Projekten gehe es darum, eine Balance zwischen gesellschaftlichen Überlegungen und wirtschaftlichen Vorteilen zu finden. Solche Prozesse benötigten Zeit. Die verschiedenen Akteure täten gut daran, faktenbasiert zu diskutieren und sich nicht von Emotionen leiten zu lassen. „Sie müssen eine gemeinsame Sprache finden“, sagte Holitscher. Das sei eine grosse Chance für Standardisierungsorganisationen. Microsoft leiste einen Beitrag, in dem das Unternehmen in der Schweiz investiere. „Wir übersetzen Ansprüche in technische Architekturen“. Das Geschäftsleitungsmitglied räumte ein, dass gewisse Daten nicht in einer Hyperscaler-Cloud verwaltet werden sollten. Sie bewegten sich jedoch im einstelligen Prozentbereich.

Je nach Stufe in einer anderen Cloud

Um kritische Daten zu identifizieren, prüfe die Bundeskanzlei jeden einzelnen Fall, sagte Erica Dubach. Dabei stütze sie sich auf ein Raster, nach dem die Daten auf Cloud-Lösungen verteilt würden. Jene von Meteosuisse könnten beispielsweise in der Cloud eines Hyperscalers untergebracht werden, jene des Bundesamts für Polizei Fedpol würden auf einer eigenen Lösung gespeichert. Um besonders sensible Daten zu verwalten, benötige es hohe Fachkompetenz, sagte Matthias Stürmer, der die Geschäfte der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit (Parldigi) leitet. Wenn der Bund IT-Prozesse auslagere, sollte er möglichst auf auswechselbare Produkte setzen. „Doch leider bauen Tech-Firmen häufig Features ein, die abhängig machen.“ Interoperabilität und offene Datenformate wirkten dem entgegen. Microsoft bemühe sich um Evidenz und stelle Methoden zur Verfügung, sagte Marc Holitscher. Es sei Sache der Behörden, die verschiedenen Risiken abzuwägen.

Dubach „Wir müssen einen Konsens finden“

„Besteht nicht die Gefahr, dass man mit den Bemühungen um digitale Souveränität zu spät ist?“, wollte Diskussionsleiter Michel Geelhaar, Partner bei der Federas Beratung, wissen. Die Schweiz habe kompetitive Vorteile, sagte Marc Holitscher. Sie verfüge über relevante Schlüsseltechnologien und die Fähigkeit, diese zielgerichtet einzusetzen.

Matthias Stürmer bedauerte, dass sich die öffentliche Verwaltung nicht schon früher mit dem Thema befasst und dafür zwei, drei Stellen geschaffen hat. „Sie sollte aktiver eingreifen und den Markt verändern.“ Dafür müsse sie Fachpersonen abstellen, die das Thema vorantreiben würden. Die Technik entwickle sich rasant, räumte Erica Dubach ein. Es stellten sich ethische und juristische Fragen. IT-Fachleute und Gesellschaft sollten – wie etwa bei Fragen zur Landwirtschaft – in einen Dialog treten. Um ein gewisses Niveau zu erreichen, müsse die breite Bevölkerung zu dem Thema jedoch mehr Wissen erlangen. „Wir müssen als Schweiz einen Konsens finden, was wir an digitaler Souveränität wollen.“

Neue eCH-Fachgruppe „in der Startposition“

Seit den 50er Jahren habe sich der IT-Bereich exponentiell entwickelt, sagte auch Microsoft-Geschäftsleitungsmitglied Holitscher. Da mitzugehen, sei anspruchsvoll. Zwischen Informierten und Desinteressierten öffne sich ein Graben. „Es braucht Ressourcen, um diesen zu überwinden.“ Matthias Stürmer appellierte an die anwesende IT-Community. „Wir alle haben Handlungsmöglichkeiten, wir alle sind in der Verantwortung.“ eCH ist daran, eine Fachgruppe Cloud aufzubauen. „Wir stehen in der Startposition“, liess Präsident Peppino Giarritta die Anwesenden wissen. Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung seien dann eingeladen, im Gremium mitzuwirken.

Eveline Rutz, Freie Journalistin. Dieser Text ist im Auftrag von eCH entstanden.

Der Verein eCH entwickelt Standards im Bereich E-Government – für eine effiziente digitale Zusammenarbeit zwischen Behörden, Unternehmen und Privaten. Er baut auf die Zusammenarbeit privater und öffentlicher Partner. Neben dem Bund, allen Kantonen und diversen Gemeinden sind über 100 Firmen sowie Fachhochschulen, Verbände und Einzelpersonen Mitglied von eCH. Rund 20 Fachgruppen stellen sicher, dass die Standards mit hoher Qualität und frei von Einzelinteressen entwickelt und gepflegt werden.